

REUTLINGER TAGBLATT

VHS unter finanziellem Druck

Bildung Den Einrichtungen in Reutlingen und Tübingen fehlen rund 30 Prozent des üblichen Jahresumsatzes.

Reutlingen/Region. Die Volkshochschulen in der Region Reutlingen, Tübingen, Neckar-Alb stehen finanziell unter Druck. Durch die Corona-Pandemie fehlt ihnen in diesem Jahr im Schnitt rund 30 Prozent des Jahresumsatzes gegenüber dem Vorjahr, teilte der Vorsitzende der Regionalversammlung Dr. Ulrich Bausch, zugleich Geschäftsführer der Reutlinger VHS, mit. „Wir freuen uns zwar darüber, dass wir im aktuellen November-Lockdown nicht geschlossen wurden und damit die Relevanz unserer Einrichtungen anerkannt wird. Trotzdem sind unsere Häuser leer“, erklärt Bausch. „Viele Teilnehmende von VHS-Kursen nehmen die Regeln ernst und verhalten sich verantwortungsvoll. Das bedeutet aber auch, dass sie alle Kontakte drastisch reduzieren.“ Volkshochschulen lebten davon, dass Menschen sich begegnen und gemeinsam lernen, so Bausch. „Daher treffen uns die Kontaktbeschränkungen, die sinnvoll und notwendig sind, hart.“ Das Abstandsgebot habe dazu geführt, dass in jedem Klassenraum nur noch halb so viele Teilnehmende sitzen.

Keine Rettungsschirme für VHS

Onlinekurse könnten den Präsenzunterricht nicht ersetzen. Vor allem im ländlichen Raum sei schnelles Internet immer noch nicht selbstverständlich. Und besonders die Volkshochschulen in freier Trägerschaft machen sich große Sorgen. Während zwei Drittel aller Volkshochschulen in Baden-Württemberg in unmittelbarer kommunaler Trägerschaft geführt werden, sind ein Drittel als eingetragener Verein oder GmbH organisiert. „Gerade, weil



Onlinekurse können Präsenzunterricht nicht ersetzen.

Foto: Christin Klose/dpa

wir nicht geschlossen wurden, haben wir nun auch keinen Zugriff auf die Rettungsschirme des Bundes“, sagt Bausch.

Sein Appell an die Bundesregierung, auch Volkshochschulen finanzielle Hilfen zu Verfügung zu stellen, klingt dramatisch: „Wenn wir die Honorare unserer Dozierenden und die Gehälter unserer Mitarbeiter demnächst nicht mehr bezahlen können, wäre das eine Katastrophe.“ swp